



Zeitsouveränität von Frauen und Männern mit Familienpflichten stärken

Zeitsouveränität von Frauen und Männern mit Familienpflichten stärken
Übergang von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle nach familienbedingten Auszeit erleichtern
Im Familienausschuss des Deutschen Bundestages fand am gestrigen Montag eine Anhörung zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung statt. Dazu erklären die frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dorothee Bär, und die zuständige Berichterstatterin Nadine Schön:
"Die Anhörung hat in vielen Bereichen Übereinstimmung sowohl innerhalb der breit aufgestellten Sachverständigenkommission als auch zwischen den Fraktionen gezeigt. Die Lebensverlaufsperspektive, die dem Bericht zugrunde liegt und die verdeutlicht, dass Entscheidungen zu bestimmten Zeitpunkten im Leben langfristige Auswirkungen - z.B. auf die Alterssicherung - haben können, wurde von allen Beteiligten als richtige Grundlage für eine nachhaltige Gleichstellungspolitik gesehen. Ebenso wurde die Notwendigkeit flexibler und familienfreundlicher Arbeitszeiten einhellig bejaht. Der Abbau bestehender Fehlanreize für Frauen in den Bereichen Familienrecht, Steuern und Arbeitsmarkt wurde diskutiert.
Besonderes Augenmerk wurde auf die Zeitsouveränität von Frauen und Männern mit Familienpflichten gerichtet. Die Union ist mit Elterngeld und dem Gesetz zur Familienpflegezeit wichtige Schritte in die richtige Richtung gegangen, ebenso mit Programmen zum Wiedereinstieg nach einer Familienphase. Wünschenswert wäre allerdings eine größere Zeitentlastung privater Haushalte durch eine Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen über die bestehende steuerliche Begünstigung hinaus. Auch sollte jungen Eltern der Übergang von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle nach einer familienbedingten Auszeit erleichtert werden.
Die Sachverständigenkommission sprach sich außerdem für eine bessere rechtliche Aufklärung angehender Ehepartner hinsichtlich ihres Güterstandes aus. Derzeit ist gesetzlicher Ehegüterstand die Zugewinnngemeinschaft - ein eventueller Zugewinnausgleich findet allerdings erst im Falle einer Scheidung statt. Um einem nichterwerbstätigen Ehegatten schon während der Ehe einen Anteil am vom berufstätigen Partner erworbenen Vermögen zu sichern, empfahl die Kommission eine Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand. Dadurch erst würden Sorgearbeit und Erwerbsarbeit gleichgestellt und der Solidaritätsgedanke der Ehe gestärkt, wenn die Bereitschaft dazu am größten ist."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=510953" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.